WP-01-K2-644-5

Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Micha Greif (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 643 bis 645 einfügen:
eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt, wollen wir fortführen. Zur Entkriminalisierung von Konsument*innen derzeit illegalisierter Substanzen wollen wir uns am erfolgreichen portugiesischen Modell orientieren. An dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften halten wir weiter fest und setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene

Begründung

Der Änderungsantrag und die folgende Begründung wurden in der LAG Drogenpolitik Berlin am 02.01.2025 beschlossen:

Die Zahl der Drogentoten stieg in Deutschland 2023 erneut an. Das 2001 von Portugal eingeführte Modell hat nachweislich positive Ergebnisse erzielt, die auch für Deutschland richtungsweisend sein können:

1. Reduktion von Drogentodesfällen
In Portugal sind die Drogentodesfälle signifikant zurückgegangen, was belegt, dass der Fokus auf Prävention und Therapie statt Strafverfolgung Leben retten kann.

2. Entlastung des Justizsystems
Die Entkriminalisierung hat die Justiz entlastet, indem Konsument*innen nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, sondern durch ein System von Beratung und Betreuung unterstützt werden. Dies ermöglicht es Polizei und Gerichten, sich auf schwere Straftaten und die Bekämpfung des organisierten Drogenhandels zu konzentrieren.

3. Förderung von Gesundheit und sozialer Teilhabe
Menschen mit Drogenproblemen werden in Portugal nicht mehr stigmatisiert, sondern als Patient*innen behandelt, die Unterstützung benötigen. Dies hat die gesellschaftliche Integration erleichtert und den Zugang zu Therapie- und Präventionsangeboten verbessert.

Die portugiesische Herangehensweise zeigt, dass Entkriminalisierung keine Verharmlosung bedeutet, sondern ein wirksames Instrument ist, um gesundheitliche und gesellschaftliche Schäden zu reduzieren. Eine Übernahme dieses Modells würde es ermöglichen, auch in Deutschland einen weiteren paradigmatischen Wandel hin zu einer modernen, menschenzentrierten Drogenpolitik einzuleiten.

Quellen (u. a.):
1. Hughes, C., & Stevens, A. (2010). What Can We Learn From The Portuguese Decriminalization of Illicit Drugs? The British Journal of Criminology, 50(6), 999–1022. DOI: 10.1093/bjc/azq038
2. Greenwald, G. (2009). Drug Decriminalization in Portugal: Lessons for Creating Fair and Successful Drug Policies. Cato Institute.

3. European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction (EMCDDA). (2022). Portugal Country Drug Report. Available at: www.emcdda.europa.eu

Siehe auch die Handlungsempfehlungen des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (2023), insbesondere zur Entkriminalisierung und dem Einführen legaler Märkte: https://documents.un.org/doc/undoc/gen/g23/156/03/pdf/g2315603.pdf & dessen Rede (2024): https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2024/03/turk-urges-transformative-change-global-drug-policy

weitere Antragsteller*innen

Dirk Rehahn (KV Berlin-Kreisfrei); Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Kurt Reuter (KV Stormarn); Sven Drebes (KV Berlin-Mitte); Patrick Fink (KV Berlin-Kreisfrei); Christian Reich (KV Rosenheim); Deniz Anan (KV Augsburg-Stadt); Stefanie Völlering-Ratersmann (KV Steinfurt); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Martin Wensky (KV Eichstätt); Desiree Leinenbach (KV Berlin-Kreisfrei); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Constantin Koch (KV Darmstadt-Dieburg); Jan Fährmann (KV Berlin-Lichtenberg); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Thomas Schulz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Vivien Bohm (KV Berlin-Mitte); sowie 57 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.